

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Seit Mitte März hat sich das gesellschaftliche Leben in Deutschland von Grund auf verändert. Auf einen „Lockdown“ mit zahlreichen Beschränkungen folgt jetzt die Zeit der langsamen Lockerungen – bei uns in Niedersachsen und in ganz Deutschland.

Ziel ist es, das öffentliche Leben langsam wieder hoch zu fahren. Wir müssen aber wachsam bleiben und die Infektionszahlen genau im Blick behalten. Es gilt jetzt, die Balance zwischen Vorsicht und behutsamen Öffnungen zu halten. Dafür müssen wir alle an einem Strang ziehen, denn: Es ist noch nicht überstanden.

Gleichzeitig hat sich im politischen Berlin einiges getan. Ich bin diese Woche zum haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion (mehr dazu im Artikel links) gewählt worden. Die neue Position bringt vielfältige und herausfordernde Aufgaben mit sich, auf die ich mich sehr freue. Ich werde euch dazu weiterhin berichten.

Bleibt gesund!

Ever 1015

— Neue Position in Berlin

Wahl zum haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 12. Mai bin ich von meinen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen der Fraktionssitzung in Berlin einstimmig zum haushaltspolitischen Sprecher gewählt worden. Mein Hamburger Kollege Johannes Kahrs hatte diese Position über viele Jahre inne und hat sie mit viel Leidenschaft ausgefüllt. Ich freue mich über das große Vertrauen, das meine Kolleginnen und Kollegen mir entgegenbringen.

Die Haushaltspolitik steht derzeit vor großen Aufgaben, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Krise. Diese bringt große wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen mit sich. Dabei kommt uns jetzt das solide Haushalten der letzten Jahre zugute. Das gibt uns

die Freiheit, jetzt alles dafür zu tun, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu erhalten. Gleichzeitig haben wir in jüngster Vergangenheit gezeigt, wie handlungsfähig wir sind: Innerhalb kürzester Zeit haben wir im Bundestag ein beispielloses, milliardenschweres Hilfspaket auf den Weg gebracht. Aber auch nach der Pandemie wird es darauf ankommen, eine vernünftige und krisenfeste Haushaltspolitik zu gestalten.

Ich freue mich darauf, diese für die SPD-Bundestagsfraktion an führender Stelle mitzugestalten. Dieser Verantwortung bin ich mir sehr bewusst und blicke den anstehenden Herausforderungen optimistisch entgegen. Es gibt viel zu tun!

Kurzarbeitergeld wird erhöht

SPD setzt Erhöhung auf bis zu 87 % vom Nettolohn durch

Für mich ist klar: Durch die Corona Krise soll in unserem Land möglichst kein Arbeitsplatz verloren und kein Unternehmen in die Insolvenz gehen. Ein entscheidendes Instrument dafür ist in der Krise das Kurzarbeitergeld. Der pauschale Satz von 60 bzw. 67 Prozent des Nettoverdienstauffalls genügt jedoch bei vielen nicht, um den Lebensunterhalt zu sichern, besonders wenn die Beschränkungen und der Rückgang der Nachfrage andauern. Es macht einen deutlichen Unterschied, ob man ein paar Wochen oder womöglich monatelang mit 60 bzw. 67 Prozent des gewohnten Einkommens auskommen muss.

Deshalb hat die SPD jetzt durchgesetzt, dass das Kurzarbeitergeld unter bestimmten Voraussetzungen erhöht wird: Wer aufgrund der Corona-Pandemie die Arbeitszeit um mindestens die Hälfte reduzieren musste und deshalb Kurzarbeitergeld erhält, soll ab dem vierten Monat 70 Prozent (bzw. 77 Prozent bei Haushalten mit Kindern) des pauschalierten Netto-Entgelts erhalten (statt regulär 60 bzw. 67 Prozent). Ab dem siebten Monat sollen es 80 bzw. 87 Prozent sein. Diese Regelung soll bis Ende 2020 gelten.

Außerdem werden die Möglichkeiten erweitert, bei Kurzarbeit hinzuverdienen. Hinzuverdienste sollen bis zum Ausgleich des bisherigen Monatseinkommens generell nicht auf das Kurzarbeitergeld angerechnet werden. Dies soll ab Mai bis Jahresende nicht nur für systemrelevante Tätigkeiten, sondern für alle Berufe gelten. Ich begrüße diese Verbesserungen, denn dadurch richtet die SPD Bundestagsfraktion die Arbeitsmarkt-Instrumente klar auf ein Ziel aus: Beschäftigung und Sicherheit für alle.



HINTER DEN KULISSEN

Besuche im Deutschen Bundestag

Wie Corona die Arbeit beeinflusst

Derzeit sind zahlreiche öffentliche Veranstaltungen im Deutschen Bundestag aufgrund der Corona Krise abgesagt. Dies betrifft auch alle Besuchsangebote für Besuchergruppen, wie der Besuch der Reichstagskuppel, Informationsvorträge, Plenarbesuche, Führungen und auch politische Informationsfahrten des Bundespresseamtes.

Viele bereits gebuchten Besuche von privaten Besuchergruppen und Schulen aus meinem Wahlkreis mussten aufgrund der Aussetzung des Be-

suchsverkehrs storniert werden. Auch unsere geplanten politischen Informationsfahrten im Mai und im September können nicht durchgeführt werden, da wichtige Programmpunkte weiterhin nicht besucht werden können, die Berliner Hotels und Restaurants geschlossen sind und eure Sicherheit für mich oberste Priorität hat. Zurzeit gilt die Aussetzung bis zum 06. September 2020. Ob nach diesem Zeitpunkt Besuche im Deutschen Bundestag und politische Informationsfahrten nach Berlin wieder stattfinden können, wird jeweils auf-

grund der aktuellen Risikobewertung neu beurteilt. In schweren Zeiten wie diesen gilt es, besonnen und solidarisch zu handeln.

Sobald es die Lage zulässt, werden die Berlinfahrten wiederaufgenommen und Anfragen für Besuche im Deutschen Bundestag entgegengenommen. Bei Rückfragen, steht euch Sabrina Janßen aus meinem Wahlkreisbüro gerne als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Ich freue mich auf ein Wiedersehen in Berlin.



Solidarität und Unterstützung in der Krise

Viele Menschen helfen gemeinsam kleinen Unternehmen

Die Coronakrise trifft auch und ganz besonders kleine lokale Unternehmen. Umsätze fallen in vielen Branchen teils komplett weg. Ob es das kleine Café um die Ecke ist, das alteingesessene Restaurant, das familiengeführte Hotel oder die neu eröffnete Buchhandlung. Auch Freischaffende im kulturellen Bereich oder Inhaberinnen und Inhaber im Einzelhandel müssen derzeit massive Umsatzverluste ausgleichen.

Neben den schnellen Hilfen, die die Politik in den letzten Wochen beschlossen hat gibt es auch in der Bevölkerung ganz viel Solidarität und

Unterstützung. Unter dem Hashtag #supportyourlocals zum Beispiel wird im Netz dafür geworben, Gutscheine von kleinen Unternehmen aus der Nachbarschaft zu erwerben, um diese in der Krise finanziell ein bisschen zu unterstützen. Auch dem Aufruf, das Geld zum Beispiel für ausgefallene Theatervorstellungen nicht zurück zu verlangen, wenn man es sich leisten kann, sind viele gefolgt. Gleiches gilt für abgesagte Konzerte und Festivals. Viele Unternehmen sind außerdem in kürzester Zeit auf beeindruckende Weise kreativ geworden, haben zum Beispiel Take-Away-Lösungen erarbeitet oder Online-Shops aus dem

Boden gestampft. Die Rückkehr von Autokinos ist für mich ein wunderbares Beispiel für Ideenreichtum in der aktuellen Krise.

Hier bei uns in Oldenburg und im Ammerland ist die gegenseitige Hilfsbereitschaft ebenso groß. Ich freue mich darüber und bin sicher, dass wir diese Krise so gemeinsam überstehen und es auch danach Vielfalt in Kultur, Einzelhandel, Gastronomie und anderen Branchen gibt.



Geflüchtete Kinder treffen in Niedersachsen ein

Wir haben Platz!

Die SPD hat gegenüber CDU und CSU durchgesetzt, dass Deutschland nicht auf eine europäische „Koalition der Willigen“ wartet, sondern zügig mindestens 350 Geflüchtete aufnimmt, vorwiegend behandlungsbedürftige Kinder einschließlich ihrer Kernfamilien oder unbegleitete Minderjährige. Die Geflüchteten benötigten angesichts der katastrophalen Bedingungen und der Gefahr durch das Coronavirus jetzt zügig Hilfe! Das Land Niedersachsen hat sich als erstes Bundesland bereit erklärt, sie aufzunehmen. Dafür und für sein be-

harrliches Engagement für die auf den griechischen Inseln festsitzenden Geflüchteten bin ich unserem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius sehr dankbar.

47 unbegleitete Kinder und Jugendliche sind am 20. April per Flugzeug aus Athen in Hannover eingetroffen. Die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen waren zuvor in Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln Lesbos, Samos und Chios untergebracht.

Nach wie vor harren viele Tausend Menschen in Griechenland - nicht nur auf den Inseln - aus, deren Versorgungslage überaus schwierig, oft lebensbedrohlich ist. Auch hier setze ich mich dafür ein, dass unser Land die Asylverfahren vieler dieser Menschen übernimmt und sie dazu nach Deutschland bringt. Wir haben Platz für viel mehr Menschen und wir können uns den Schutz dieser Menschen leisten – finanziell und gesellschaftlich. Solidarität mit ihnen ist unsere Pflicht und für mich als Sozialdemokrat meine tiefe Überzeugung.



Foto: Angelina Ströbel / pixelio.de

Kunst und Kultur in der Krise

Forderung nach Unterstützung

Kunst und Kultur, die Kreativen und freien Medienschaffenden sowie Kulturinstitutionen sind besonders stark von der Corona-Krise betroffen. Kinos und Theater sowie Clubs und Ateliers bleiben bis auf weiteres geschlossen. Festivals werden ebenfalls reihenweise abgesagt. Konkret handelt es sich um 260.000 Unternehmen und 1,7 Millionen Erwerbstätige in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Bundesfinanzminister Scholz hat nun angekündigt, ein Programm für Kulturschaffende auf den Weg zu bringen. Es wird helfen, die Auswirkungen der Pandemie im Bereich Kunst, Kultur und Medien abzumildern. Das Programm sieht

vor allem finanzielle Unterstützung für kulturelle Einrichtungen vor, um Einnahmeausfälle auszugleichen. Die deutsche Filmbranche soll ebenfalls berücksichtigt werden. Zudem wird der Zugang zur Grundsicherung mit dem Sozialschutzpaket erleichtert. Für bewilligte Anträge der Zeit von März bis Ende Juni 2020 gelten veränderte Kriterien. Durch die Übernahme von Wohn- und Nebenkosten, der möglichen Zahlung eines Kinderzuschlags und nahezu ausbleibender Vermögensverrechnung werden Kultur- und Medienschaffende in ihrer wichtigen Tätigkeit zusätzlich unbürokratisch unterstützt.

Verschwörungstheorien und Corona

Gemeinsam gegen Fake News

Die Auswirkungen des Corona Virus betreffen die ganze Welt in nie dagewesenem Ausmaße. Die Verunsicherung ist verständlicherweise groß. Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur. Impfgegner und Rechte springen auf den Zug auf, organisieren illegale Versammlungen und verbreiten Videos und Falschinformationen in rasendem Tempo. Ich finde: Es ist in einer Demokratie nicht nur legitim, sondern unbedingt notwendig, Dinge kritisch zu hinterfragen. In Zusammenhang mit der derzeitigen

Pandemie wird insbesondere im Netz gerade aber ein wilder Mix von Verschwörungstheorien verbreitet. Diese gefährden nicht nur das Zusammenleben in unserer Gesellschaft – sie sind auch ein ernsthaftes Problem für den Erfolg bei der Eindämmung des Virus. Wir sollten alle gemeinsam immer wieder aufklären, auch im privaten Umfeld – und gerade in Sozialen Netzwerken einmal mehr schauen, aus welcher Quelle eine Information stammt. Ich bin sicher, dass wir diese Zeit so gemeinsam überstehen.

Normalerweise wird an dieser Stelle immer auf bevorstehende Veranstaltungen und Bürgersprechstunden hingewiesen. Die aktuelle Situation macht es weiterhin unmöglich, Veranstaltungen verantwortungsvoll durchzuführen, weshalb ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich sagen kann, wann und wie es zum Beispiel mit „75 Minuten Klartext“ weitergeht.

Der Kontakt mit euch ist und bleibt natürlich weiterhin die Basis meiner Arbeit im Bundestag. Ich habe deshalb seit Beginn der Krise einen Großteil meiner geplanten persönlichen Termine in Form von Telefonterminen oder Videokonferenzen stattfinden lassen - auch wenn all das für mich die persönlichen Begegnungen mit euch nicht ersetzt. Es bleibt also dabei: Telefonisch und schriftlich sowie per Mail bin ich in dieser schweren Zeit selbstverständlich direkt ansprechbar. Ich nehme eure Sorgen, Anliegen, Ideen und Kritik gerne auf direktem Wege mit nach Berlin. Wenn ihr also Gesprächsbedarf habt: Mein Team freut sich auf euren Anruf.


**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: wahlkreis@dennis-rohde.de

 www.dennisrohde.de

 facebook.com/dennis.rohde

 twitter.com/dennisrohde